

Sportstätten- gebühren: Noch nicht ganz weg

Auf der Sitzung des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport im September lehnte eine Mehrheit von CDU, SPD und GRÜNEN den von BALL und FWB gemeinsam eingebrachten Antrag auf nachhaltige Abschaffung der Sportstättennutzungsgebühren ab. Während bis 2015 die Nutzung der Schulsportanlagen außerhalb der Schulzeiten für die Sportvereine unentgeltlich war, wurden die Vereine ab 2016 mit jährlich rd. 9.000,- Euro von der Stadt zur Kasse gebeten. Diese Regelung war Ende 2020 ausgelaufen. Die in der „Sportstadt Barmstedt“ zusammenarbeitenden Vereine (BMTV, SSV Rant-zau, DLRG, Tennismgemeinschaft, FC Heede) haben gegenüber der Stadtvertretung unmissverständlich erklärt, dass sie eine Rückkehr zur unentgeltlichen Nutzung der Sporteinrichtungen erwarten, wie es in vielen anderen Städten – so in Elms-horn oder Wedel – der Fall ist. Die Vereine betreuen gemein-nützig gut 3.000 Barmstedte-rinnen und Barmstedter in allen Altersklassen. Zwar wurde der Grundsatzantrag auf unentgelt-liche Nutzung der Schulsport-einrichtungen abgelehnt, aber zumindest für 2021 und 2022 sollen keine Sportstättennut-zungsgebühren erhoben wer-den. Im nächsten Jahr soll dann weiter beraten werden. Die BALL wird ihren Beitrag leisten, damit die für Barmstedt unver-zichtbare Arbeit der Sportver-eine unterstützt wird.

Info-Coupon:

- Ich interessiere mich für die Arbeit der BALL und wünsche weiteres Info-Material.
- Ich bitte um ein persönliches Gespräch.

Name

Vorname

Straße

Einsenden an: Helmut Welk,
Nappenhorn 29 · 25355 Barmstedt

Explosion der Energiepreise:

Gaspreis +63% · Strompreis +5,9%

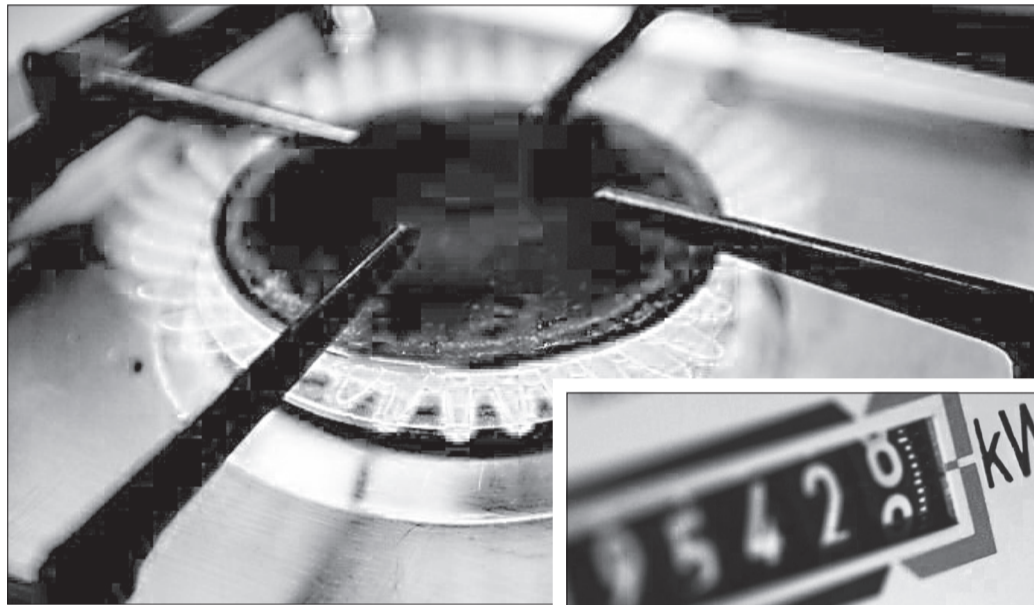
In den letzten Monaten sind die Menschen schon erheblichen Preissteigerungen ausgesetzt: Lebensmittel, Fahrkosten, Heizöl – alles wurde sehr viel teurer. Von den hohen Mieten ganz zu schweigen. Diese Preissteigerungen treffen Menschen mit geringem Einkommen extrem. Jetzt kommen ab 1.2.2022 erhebliche Preissteigerungen in der Grundversorgung bei den Energiekosten hinzu: In Barmstedt stimmte der Werkausschuss der Erhöhung der Arbeitspreise für Gas um unglaubliche bis zu 63% zu. Für einen Haushaltskunden mit einem Verbrauch von 20.000 kWh bedeutet dies Mehrkosten bei Gas von rd. 62,- Euro monatlich! Die Preiserhöhung in der Grundversorgung beim Stromverbrauchspreis beträgt 5,9%. Für einen Haushalt mit einem Verbrauch von 3.000 kWh bedeutet dies Mehrkosten in Höhe von 5,- Euro monatlich. Andere Versorger haben bereits ihre Preise entsprechend erhöht, viele werden nachziehen.

Klaus Kuberzig
Vorsitzender
Ausschuss für
Jugend u. Soziales



Die BALL-Stadtvertreter haben der Preiserhöhung nicht zugestimmt. Für die BALL-Fraktion erklärte Dr. Günter Thiel: „Im Interesse der Bevölkerung, insbesondere derjenigen mit geringem Einkommen, können wir solchen Preiserhöhungen nicht zustimmen. Wir erwarten, dass in Barmstedt niemandem Gas oder Strom abgedreht wird – schon gar nicht Familien mit Kindern, kranken oder alten Menschen –, falls es zu Zahlungsproblemen kommt. Wir erwarten, dass dann im Zusammenwirken mit dem Sozialamt oder jobcenter Lösungen gefunden werden.“

Die politische Verantwortung für diese Preisexplosionen haben die politischen Parteien, die in der EU und in der Bundesrepublik die Versorgung mit Strom und Heizenergie dem „Markt“ freigegeben haben, und dort bestimmen die marktbeherrschenden Energiekonzerne und große Finanzakteure wie Blackrock. Dr. Günter Thiel: „Kleine Versorger wie die Stadtwerke müssen die Preise beim Einkauf von Gas und



Strom schlucken. Wenn sie Glück haben, kaufen sie ihre benötigten Mengen ein, wenn die Preise etwas niedriger liegen. Jetzt haben sich die Einkaufspreise für Gas innerhalb eines Jahres verzehnfacht!!! Die kleinen Versorger stehen mit dem Rücken an der Wand: Wenn sie die Preiserhöhungen nicht weitergeben, machen sie sehr hohe Verluste – bei den Stadtwerken wären das schmerzhafte rund 3 Millionen Euro im Jahr. Insofern verstehen wir, dass die Stadtwerke zur Existenzabsicherung gar keine Alternativen haben als die Preiserhöhungen weiterzugeben, und die Verbraucher haben auch keine reale Alternative, da die anderen Versorger ähnliche Preiserhöhungen vornehmen müssen.“

Für die aktuellen Preiserhöhungen beim Gaseinkauf gibt es weitere aktuelle Einflüsse: Der letzte lange und kalte Winter hat in vielen Regionen der Welt dazu geführt, dass viel Gas verbraucht wurde. Die Gasspeicher in der EU wurden nicht rechtzeitig aufgefüllt. Es wurde deutlich mehr Gas in den Gaskraftwerken zur Stromproduktion verbraucht. Flüssiggas (LNG) aus den USA wird augenblicklich fast nur nach Asien geliefert, weil dort höhere Preise erzielt werden. Der Erdgasverbrauch in Ostasien ist rapide gestiegen, verursacht zum einen durch die rasche Erholung der dortigen Industrie nach der ersten Welle der Covid-19-Pandemie, zum anderen dadurch, dass China seine Energieversorgung zunehmend von Kohle auf Erdgas umstellt. Lieferungen aus Norwegen gingen zurück, und die Sanktionen und Drohungen der US-Regie-

rung gegen Unternehmen, die an Nordstream 2 mitbauten, verzögerten die möglichen höheren Lieferungen aus Russland. Diese Situation nutzen die Gashändler schamlos aus, um den Preis an den Börsen in die Höhe zu treiben. Knapp 50% des Gaspreises entfallen auf die Beschaffung – also den Einkaufspreis und den Vertrieb. Nebenbei kassiert der Staat über verschiedene Steuern und Abgaben mit. Rund 25% des Preises geht an das Finanzministerium. Dann ist es undurchsichtig,

welches Spiel die Energiekonzerne spielen, um den Ausstieg aus den Kohlekraftwerken zu verzögern oder sich vergolden zu lassen. Auch die Lobby der Atomkraftwerkskonzerne taucht immer häufiger auf, um „klimafreundlichen“ Strom aus Kernkraftwerken als „Übergangslösung“ anzupreisen. Und nicht zuletzt wird mit unvorstellbaren Beträgen auf steigende oder sinkende Energiepreise gewettet.

Was ist jetzt zu tun?

Notwendig sind kurzfristige

Maßnahmen, um die sozialen Folgen der hohen Energiepreise abzufedern und dennoch die Weichen auf sozial gerechten Klimaschutz zu stellen:

- Sofortige Erhöhung der Sätze bei Hartz-4, Grundsicherungsrente und Sozialhilfe um 200,- Euro, wie es Die LINKE schon in den Bundestag eingebracht hat.
- Erhöhung der Heizkostenzuschüsse für Geringverdiener und einkommensschwache Haushalte, u. a. über höheres Wohngeld
- Senkung der Stromsteuer u. Abschaffung der EEG-Umlage
- Gesetzlicher Preisstopp für Energie, wie es in Frankreich beschlossen worden ist.

Nach Auffassung der BALL muss die sichere und bezahlbare Versorgung mit Strom, Gas und Wasser genauso wie mit Wohnraum zur Grundversorgung der Bevölkerung gehören, und diese muss der Spekulation und dem Profitstreben der Konzerne entzogen werden. Die augenblickliche Situation zeigt zudem anschaulich, wie notwendig der Ausbau der erneuerbaren Energien in unserem Land ist, um mehr Unabhängigkeit vom Weltmarkt zu erlangen.

James-Krüß-Schule wird Offene Ganztagschule

Der Ausschuss für Kultur, Schule und Sport hat in der Sitzung vom 11. Nov. 2021 einstimmig beschlossen, dass die James-Krüß-Schule im neuen Schuljahr in eine offene Ganztagschule (OGTS) umgewandelt werden soll. Im Gegensatz zu den gebundenen Ganztagschulen ist bei den offenen Ganztagschulen die Nutzung des Angebots freiwillig. Damit wird die Stadt zukünftig dem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkind ab 2026 gerecht. Mit der formalen Umwandlung ist für die BALL die Arbeit jedoch noch nicht getan: Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Stadt gemeinsam mit den Johannitern, dem Träger der OGTS und der Schulkinderbetreuung, ein gesamtheitliches

Konzept für die Schulkinderbetreuung und die Kursangebote der OGTS entwickelt. Die BALL fordert, dass die Nachmittagsbetreuung der Grundschüler sowie die parallel angebotenen Kursangebot für Grund- und Mittelstufenschüler besser ineinander greifen, um den Kindern ein vielfältiges Nachmittagsangebot zu bieten. Dies muss aus unserer Sicht auch entlastende Auswirkungen auf die Kosten für die Eltern haben. Aktuell ist es so, dass die Kinder, die sowohl in der Betreuung angemeldet sind, als auch zeitgleich an einem Kurs teilnehmen möchten, beides bezahlen müssen. Dies führt aus unserer Sicht zum Einen zu viel zu hohen Kosten für die Eltern und zum Anderen zu sehr geringen Buchungen bei den Kursen,

weil viele Eltern die Doppelbelastung nicht tragen können. Ein gutes Zusammenspiel der beiden genannten Angebote ist daher dringend erforderlich.



Britt Schölermann
Ausschuss f. Kultur
Schule und Sport

Außerdem halten wir es für notwendig, dass dieses Konzept für alle Schulen in Barmstedt zukünftig gilt. Der große limitierende Faktor bei der Planung ist derzeit die Raumknappheit an allen Barmstedter Schulen. Eine gute OGTS braucht ausreichend Räumlichkeiten, um ein qualitativ hochwertiges Betreuungskonzept zu gewährleisten.

Mehr Raum für den Fahrradverkehr

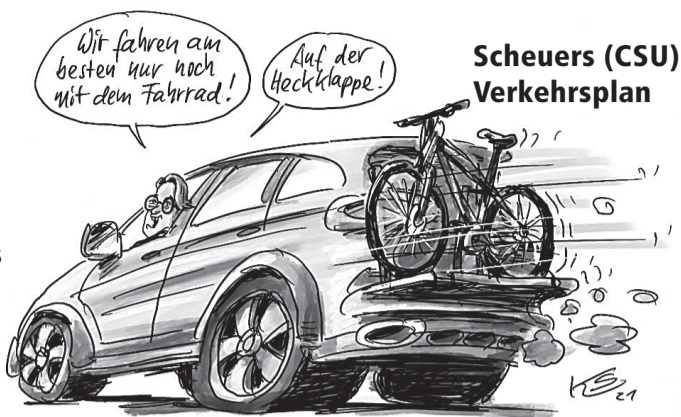
Seit Jahrzehnten gilt das Hauptaugenmerk der Verkehrsplaner dem Auto.

Für die meisten Menschen in Deutschland gilt es als unverzichtbar. Es transportiert uns, alle Waren des täglichen Bedarfs und noch viel mehr. Wir haben Landschaften, Dörfer und vor allem Städte nach den Bedürfnissen des Autoverkehrs mit Autobahnen, Landstraßen und vor allem Parkraum ausgestattet. Die Autolobby hat dafür gesorgt, dass die Fahrzeuge allerorts das Bild im öffentlichen Raum beherrschen. So auch in Barmstedt. Den knapp bemessenen Raum in unserer Innenstadt müssen sich Fußgänger meist mit dem Fahrradverkehr teilen, während



Reimund Bauer
Ausschuss Bau- u. Umweltausschuss

Autos haarscharf an Passanten und Radfahrern vorbeirauschen. Geh- und Radwege sind zu eng, oft in einem schlechten Zustand



Scheuers (CSU) Verkehrsplan

und ein Radverkehrsnetz ist nicht vorhanden. Dabei ist Barmstedt bei seiner Größe ein Ort der kurzen Wege. Viele, die keine schweren Lasten zu transportieren haben, könnten ihre täglichen Strecken auch ohne großen Zeitaufwand mit dem Fahrrad bewältigen. Dafür muss die Fahrt mit dem Drahtesel aber sicherer und komfortabler werden. In den letzten Jahren haben mehrere Bürgerinitiativen mit Presseveröffentlichungen, Protesten, Unterschriftenaktionen und zuletzt mit einer Fahrraddemo erfolglos auf diese Missstände hingewiesen. Die Mehrheit der Barmstedter Stadtvertretung

hat die Anliegen ihrer Bürger weitgehend ignoriert.

Vor gut zwei Jahren gründeten Mitglieder des Bauausschusses eine Arbeitsgruppe mit dem Ziel, den Bedürfnissen der Radfahrer in Barmstedt mehr Raum zu geben und die Interessen aller Verkehrsteilnehmer besser aufeinander abzustimmen. Alle Fraktionen der Stadtvertretung haben dafür ein*e Vertreter*in in die sogenannte Rad AG entsandt. Unterstützt werden sie bei jedem Treffen von der Stadtverwaltung. In mühevoller Kleinarbeit wurden zunächst die neutralen Punkte im Verkehrsnetz herausgearbeitet. Nun wer-

den Lösungsansätzen gesucht. Die BALL konnte sich zwar nicht mit ihrer Forderung nach Tempo 30 auf allen Straßen innerhalb des Stadtgebiets durchsetzen, aber wenigstens hat die Rad AG im letzten Bauausschuss mit großer Zustimmung einen Beschluss herbeigeführt, der eine deutliche Ausweitung der bestehenden 30er Zonen vorsieht.

Mit dem bereits beschlossenen Neubau einer Radabstellanlage am Bahnhof und dem ebenfalls in der letzten Sitzung des Bauausschusses beschlossenen Erstellung eines Radverkehrskonzeptes sollen die ersten Schritte zu einer fahrradfreundlichen Stadt verwirklicht werden. Dafür bedarf es noch mancher Anstrengung, denn fast alle „Problemstraßen“ – unsere Hauptverkehrswege – gehören nicht der Stadt, sondern Kreis und Land. Diese von der Notwendigkeit zu überzeugen, dem Fahrrad mehr Raum und mehr Sicherheit zu geben, muss in Zukunft mit Nachdruck auch außerparlamentarisch eingefordert werden.

Freiheit für Julian Assange!

Der mutige Journalist Julian Assange wird seit fast drei Jahren im englischen Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh durch Isolationshaft gefoltert, wie der UN-Sonderbeauftragte für Folter, Nils Melzer, nach eingehender Untersuchung festgestellt hat. Es droht die erhebliche Gefahr, dass Julian Assange durch die Isolationsfolter zu Tode kommt. Die US-Behörden verlangen seine Auslieferung. In einer ersten Verhandlung hat ein englisches Gericht die Auslieferung abgelehnt wegen drohender Suizidgefahr, aktuell findet die Berufungsverhandlung statt. Weltweit, so in Hamburg, gibt es Solidaritätsbekundungen mit Julian Assange: Free Assange!

Der wahre Grund für die Verfolgung von Julian Assange ist, dass er über wikileaks unliebsame Wahrheiten über Kriegsverbrechen und andere Machenschaften von US- und anderen Regierungen ans Licht gebracht hat und an ihm anscheinend ein öffentlich sichtbares Exempel statuiert werden soll, um kritischen Journalismus zum Schweigen zu bringen. Ende September wurden in den USA von Yahoo!News über Pläne der CIA zur Entführung und Ermordung von Julian Assange berichtet. Große internationale Zeitungen – so die „New York Times“, der „Guardian“ und der „Spiegel“ – hatten seinerzeit die Veröffentlichungen von wikileaks verbreitet. Jetzt schweigen sie weitestgehend. Und was sagt die Bundesregierung zur Zerstörung des Lebens eines unabhängigen Journalisten? Nichts.

Die US-Regierung ist hinter Julian Assange her, weil er mehr als 15.000 nicht erfasste Todesfälle unter irakischen Zivilisten ans Licht gebracht hat; weil er die Folter und

Clinton im Jahr 2009 US-Diplomanten damit beauftragt hatte, UN-Generalsekretär Ban Ki Moon sowie andere UN-Vertreter aus China, Frankreich, Russland und dem Vereinigten Königreich auszuspionieren und DNA, Iris-Scans, Fingerabdrücke und persönliche Passwörter zu erlangen – dies war Teil der großangelegten illegalen Überwachung, die auch das Abhören von UN-Generalsekretär Kofi Annan in den Wochen vor dem von den USA angeführten Einmarsch in den Irak im Jahr 2003 beinhaltete; weil er enthüllt hat, dass Barack Obama, Hillary Clinton und die CIA im Juni 2009 den Militärputsch in Honduras orchestrierten, durch den der demokratisch gewählte Präsident Manuel Zelaya gestürzt und durch ein so mörderisches wie korruptes US-höriges Militärregime ersetzt wurde; weil er ans Licht gebracht hat, dass George W. Bush, Barack Obama und General David Petraeus im Irak einen Krieg führten, der nach den Nürnberger Gesetzen als krimineller Angriffskrieg definiert ist, als ein Kriegsverbrechen, dass sie Hunderte von gezielten Tötungen genehmigten, darunter die von US-Bürgern im Jemen, und dass sie heimlich Raketen-, Bomben- und Drohnenangriffe auf den Jemen gestartet haben, bei denen zahlreiche Zivilisten getötet wurden; weil er enthüllt hat, wie die von der CIA und der NSA verwendeten Hacker-Tools die flächendeckende Überwachung unserer Fernseher, Computer, Smartphones und Antiviren-Software ermöglichen und es der Regierung erlauben Gespräche, Bil-



Dr. Günter Thiel
Fraktionsvorsitzender

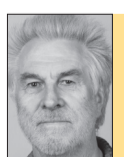
Immer mehr Milchverarbeitung in der Meierei/Käsefabrik

ALDI zwingt Bauern in die Knie

ALDI (Albrecht Diskont), das sind die beiden Discount-Einzelhandelsketten Aldi Nord und Aldi Süd. Es handelt sich um zwei Konzerngruppen, die jeweils aus mehreren Dutzend Regionalgesellschaften bestehen. Neben dem Hauptkonkurrenten Lidl gelten die beiden Aldi-Gesellschaften zusammen genommen mit ihren 11.235 Filialen (2019) und rd. 200.000 Beschäftigten als größter Discounter der Welt. Aldi Nord kam 2019 in neun Ländern mit 4725 Filialen auf 22,8 Milliarden Euro Nettoumsatz, Aldi Süd erreichte mit etwa 6510 Filialen in neun Ländern einen Nettoumsatz von 51,8 Milliarden Euro.

Ziel der großen Discount-Konzerne ist es, in einem verbissenen Verdrängungswettbewerb auf dem Rücken ihrer Zulieferer weitere Einzelhandelskonkurrenten zur Aufgabe zu zwingen und damit ihre Marktführerschaft abzusichern.

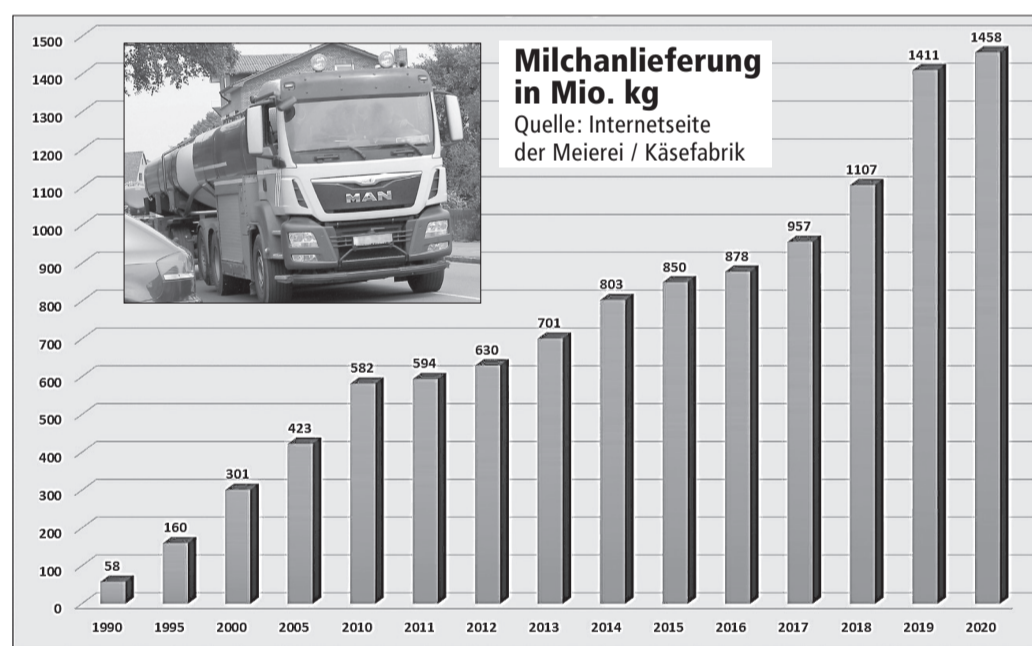
Ein Beispiel: Aldi Nord kaufte sich zum Jahreswechsel groß in Frankreich ein. Der Discounter übernahm 547 Filialen und drei



Helmut Welk
Vorzitender der Barmstedter Linken Liste BALL

zentrale Auslieferungslager des französischen Konkurrenten Groupe Casino. Mit 717 Millionen Euro ist dies wohl der größte Deal dieser Art in der Geschichte des Lebensmitteldiscounters.

Mit der Übernahme verfolgt Aldi das Ziel, Marktführer im Bereich der Lebensmitteldiscounter



in Frankreich zu werden. Bislang erzielte Aldi Nord in Frankreich mit knapp 900 Märkten einen Umsatz von rund 3,3 Milliarden Euro. Damit lag der Discounter weit hinter Lidl, der in Frankreich auf mehr als zehn Milliarden Euro Umsatz kommt und 1530 Filialen betreibt.

Zeitgleich zu der Übernahme der französischen Discountmärkte gab es die Ankündigung von Aldi, den Einkaufspreis pro Kilo Butter deutlich zu senken. Obwohl auf dem Weltmarkt der Butterpreis anstieg. Dies hat massive Proteste bei den Bauern ausgelöst. Den Bauern geht es dabei nicht um Luxus, sondern schlicht um ihre Existenz. Sie blockierten mit hunderten Traktoren die Lager von Aldi. Auch die Barmstedter Meierei/Käsefabrik und deren Bauern sind als Aldi-Zulieferer betroffen. In einer Aktion vor den Eingangstoren der Meierei/Käsefabrik forderten sie die Geschäfts-

leitung auf in den Preisverhandlungen mit Aldi nicht nachzugeben. Aber Aldi sitzt am längeren Hebel. Die wirtschaftliche Abhängigkeit ist zu groß. Die Lieferanten werden in die Knie gezwungen. Erst wenn sie am Boden liegen, verhandeln die Discount-Konzerne mit ihnen. „Wer bei den Discountern nicht mitziehe“, so ein Vertreter der Molkereien in einem NDR-Interview, „verliere von einem Tag auf den anderen seine Verträge. Um die Butter dann doch noch verkaufen zu können, müssten die Betriebe sie noch günstiger an die Lebensmittelindustrie (z.B. Unilever o. Dr. Oetker) verkaufen.“

Die französischen Bauern, die bisher die von Aldi übernommenen 547 Discounter beliefert haben, stehen jetzt vor dem Aus. Deutsche Molkereien liefern ALDI die Butter zu niedrigeren Preisen. Um finanziell zu überleben, müssen sie jetzt noch mehr Milch

produzieren. 2005 wurden in der Barmstedter Meierei/Käsefabrik 423 Millionen kg Milch verarbeitet. Die Rohmilchanlieferung muss jährlich gesteigert werden. Heute liefern 1.126 Bauern ca. 1.500 Millionen kg (s. Veröffentlichungen auf der Internetseite). Das Erfassungsgebiet erstreckt sich über Schleswig-Holstein, Hamburg und das nördliche Niedersachsen.

Der Grundwasserverbrauch der Meierei/Käsefabrik nimmt von Jahr zu Jahr zu. Immer mehr Milchfahrzeuge fahren durch Barmstedt, verpesten die Luft und gefährden und nerven die Menschen. Die Anwohnerinitiative „Mut zur Vernunft“ hat bei Verkehrszählungen mehrfach festgestellt, dass die tägliche erlaubte LKW-Menge die Vorgaben des Bebauungsplans übersteigt. Aber schützende Hände nicht nur im Kieler Umweltministerium (Die Grünen) sehen bisher tatenlos zu.



Misshandlung von rund 800 Männern und Jungen im Alter zwischen 14 und 89 in Guantanamo enthüllt hat; weil er aufgedeckt hat, dass Hillary

der und private Textnachrichten sogar von verschlüsselten Apps aufzuzeichnen und zu speichern. **Free Assange!**